



# Geschichtskommission des Parteivorstandes der DKP

## Leitfaden Novemberrevolution

# Novemberrevolution 1918 – „Die Unvollendete“

### Vorgeschichte:

Um der drohende Gefahr eines Krieges in Europa zwischen den imperialistischen Großmächten zu begegnen, beschlossen die in der Zweiten Internationale zusammengeschlossenen sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien bei ihrem Baseler Kongress 1912, sich der Kriegspropaganda ihrer jeweiligen Regierungen entgegenzustellen und im Fall des Ausbruchs eines Krieges für dessen sofortige Beendigung zu wirken. Als der Krieg am 1. August 1914 begann, brach die Zweite Internationale zusammen, da sich die große Mehrheit der Mitgliedsparteien nicht mehr an die vorangegangenen Beschlüsse gebunden fühlte. Fast die gesamte europäische Sozialdemokratie schwenkte auf die Linie der „Vaterlandsverteidigung“ ein (Ausnahmen: die sozialistischen Parteien Italiens, Serbiens, Bulgariens sowie die russischen Bolschewiki).

Besondere Bedeutung erlangte hier der Umstand, dass sich die SPD schon vor einiger Zeit in drei Flügel unterteilt hatte. Dem revolutionär-marxistischen Flügel (August Bebel, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring) standen die Revisionisten um Eduard Bernstein gegenüber, welche die revolutionäre Orientierung zugunsten eines reformerischen Weges zum Sozialismus verwarfen. Zwischen ihnen positionierten sich die Zen-

tristen (Karl Kautsky), die den Bruch der Revisionisten mit dem Marxismus auf programmatischer Ebene zwar ablehnten, sich in ihrer Praxis von diesen aber oft kaum unterschieden. Hier wurde der Marxismus lediglich in Form eines Lippenbekenntnisses beibehalten.

In der SPD formierte sich gegen die Linie der „Vaterlandsverteidigung“ Widerstand. Am 4. August 1914 stimmte die SPD-Fraktion im Reichstag für die Bewilligung der Kriegskredite. Karl Liebknecht verweigerte am 2. Dezember 1914 bei einer weiteren diesbezüglichen Abstimmung der Fraktion die Gefolgschaft und gab eine Gegenstimme ab. Im Anschluss bildete sich die „Gruppe Internationale“. Sie vereinigte sozialdemokratische Kriegsgegner wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Wilhelm Pieck. Am 5. September 1915 trat im schweizerischen Zimmerwald eine internationale Konferenz sozialistischer Kriegsgegner zusammen. Zu den Teilnehmern gehörte auch Lenin.

Am 1. Januar 1916 benannte sich die „Gruppe Internationale“ in „Spartakusgruppe“ um. Die SPD-Reichstagsfraktion schloss am 24. März 1916 die Kriegsgegner aus, die daraufhin die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ gründeten.

Zum 1. Mai 1916 fand in Berlin eine Antikriegskundgebung statt. Als sich Liebknecht mit dem Ruf „Nieder mit dem

Krieg! Nieder mit der Regierung!“ an die Zuhörer wandte, wurde er festgenommen und inhaftiert. Die SPD-Führung ließ dem Ausschluss der Kriegsgegner aus ihrer Reichstagsfraktion am 18.01.1917 auch den Parteiausschluss folgen. Als Reaktion darauf konstituierte sich am 6. April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Die Spartakusgruppe trat der USPD bei, bewahrte aber ihre organisatorische Eigenständigkeit, da es der zentristisch orientierten Partei an einer über eine diffuse Antikriegsstimmung hinausgehenden Klarheit fehlte.

Der Kriegsverlauf gestaltete sich für Deutschland zunehmend ungünstig. Die Bevölkerung hungerte. Trotzdem blieb die SPD-Führung bei der Unterstützung der kaiserlichen Kriegspolitik. Die Ereignisse in Russland, d. h. der Sturz des Zaren im Februar 1917 und die Große Sozialistische Oktoberrevolution im November des gleichen Jahres (gregorianischer Kalender) gaben jedoch der Kriegsgegnerschaft unter der werktätigen Bevölkerung Deutschlands und unter den Soldaten enormen Auftrieb.

### **Zeittafel der Novemberrevolution:**

- 29.09.1918: Die Oberste Heeresleitung (OHL) der deutschen Streitkräfte informiert den Kaiser darüber, dass die militärische Lage aussichtslos ist und der Zusammenbruch unmittelbar bevorsteht.
- 04.10.1918: Die deutsche Regierung bittet um Waffenstillstand.
- 03.11.1918: In Kiel erheben sich Matrosen der Kriegsmarine gegen den sinnlosen Befehl ihres Oberkommandos, der aussichtslosen militärischen Lage zum Trotz zu einem letzten Gefecht gegen die britische Marine auszulaufen. Die folgenden Unruhen ergreifen auch andere Teile Deutschlands. Es bilden sich zahlreiche Arbeiter- und Soldatenräte.
- 09.11.1918: Reichskanzler Prinz Max von Baden gibt eigenmächtig die Ab-

dankung des Kaisers bekannt, der sich ins niederländische Exil begibt. Philipp Scheidemann (SPD) proklamiert von einem Balkon des Reichstages aus die Republik. Nahezu zeitgleich ruft Karl Liebknecht im Berliner Lustgarten die „freie sozialistische Republik“ aus.

- 10.11.1918: Im Berliner Zirkus Busch findet ein Kongress von ca. 3000 Arbeiter- und Soldatenräte statt. Als Übergangsregierung wird der Rat der Volksbeauftragten gebildet. Er besteht aus drei Vertretern von SPD (u. a. Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann) und drei Mitgliedern der USPD. Noch am Abend des gleichen Tages verständigt sich Ebert mit General Groener auf eine politisch-militärischen Zusammenarbeit, um eine soziale Revolution in Deutschland zu verhindern.

- 11.11.1918: Im nordfranzösischen Compiègne unterschreiben der Reichstagsabgeordnete Matthias Erzberger (Zentrum) und der französische Marschall Ferdinand Foch das Waffenstillstandsabkommen.

Die Gruppe Spartakus benennt sich in Spartakusbund um.

- 15.11.1918: Der Gewerkschaftsführer Carl Legien (SPD) und der Industrielle Hugo Stinnes unterzeichnen ein Abkommen, in dem die Beibehaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse gesichert wird. Die Unternehmen stimmen im Gegenzug der Einführung des Achtstundentages zu.

- 10.12.1918: Ebert begrüßt zehn von der Front heimkehrende Divisionen in Berlin, stellt aber fest, dass diese vermutlich nicht gewillt sein werden, gegen aufständische Arbeiter zu kämpfen. Daher veranlasst er die Aufstellung sogenannter Freikorps, in denen sich vor allem radikal rechte Kräfte zusammenfinden. Aus ihren Reihen wird sich später ein beträchtlicher Teil des Führungspersonals von SA und SS rekrutieren.

- 16.12.1918: In Berlin tritt der Reichsrätekongress zusammen. Er spricht sich für die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung und gegen eine Räterepublik aus.

- 24.12.1918: Ebert befiehlt den Angriff auf die im Berliner Stadtschloss stationierte revolutionäre Volksmarinedivision, die sich allerdings erfolgreich zur Wehr setzt.

- 29.12.1918: Die USPD-Vertreter verlassen den Rat der Volksbeauftragten aus Protest gegen Eberts zunehmend konterrevolutionären Kurs. Sie werden durch SPD-Mitglieder ersetzt. Der Rat benennt sich in Reichsregierung um.

- 01.01.1919: In Berlin konstituiert sich der Spartakusbund als Kommunistische Partei Deutschlands.

- 04.01.1919: Die Reichsregierung entlässt Emil Eichhorn (USPD) als Polizeipräsidenten von Berlin.

- 05.01.1919: KPD und USPD protestieren gegen Eichhorns Entlassung und rufen zu einer Protestdemonstration in Berlin auf, die sich zum Aufstand entwickelt. Revolutionäre Arbeiter besetzen das Zeitungsviertel. Gustav Noske (SPD) übernimmt das Kommando über die zur Aufstandsbekämpfung angetretenen Freikorps mit den Worten: „Meinetwegen, einer muss der Bluthund werden...“ In der Folge wird der Aufstand mit enormer Grausamkeit niedergeschlagen.

- 16.01.1919: Freikorpsangehörige ermorden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, nachdem der kommandierende Offizier diesbezüglich Rücksprache mit Noske gehalten hat.

- 19.01.1919: Bei den Wahlen zur Nationalversammlung wird die SPD stärkste Partei.

Ausblick: Mit den Wahlen zur Nationalversammlung, die am 6. Februar 1919 zusammentritt, gilt die Novemberrevolu-

tion als beendet. Ebert wird von der Nationalversammlung zum Reichspräsidenten gewählt, sein Genosse Scheidemann zum Reichsministerpräsidenten (ab August 1919 Reichskanzler). Die sozialdemokratisch geführte neue Regierung setzt weiterhin rechte Freikorps gegen revolutionäre Arbeiter ein. Auf diesem Wege werden die Bremer Räterepublik am 4. Februar 1919 und die Münchner Räterepublik am 2. Mai 1919 blutig niedergeschlagen. Besonders in München kommt es zu grausamen Exzessen gegen unbewaffnete Zivilisten. Ab dem 4. März 1919 bildet sich Berlin eine starke Streikbewegung, um die Verankerung der Räte in der Verfassung und Sozialisierungen durchzusetzen. Hier ermorden die Freikorps ca. 1200 Menschen. Der bürgerlich-antifaschistische Publizist Sebastian Haffner geht für die Zeit von Januar bis Mai 1919 von insgesamt mehreren Tausend Todesopfern aus.

## Aspekte der Novemberrevolution

### Die Friedensfrage

Der Erste Weltkrieg, ohne den die Novemberrevolution nicht zu verstehen ist, hat die Widersprüche des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium auf eine bis dahin unbekannte, maximale Höhe getrieben. Im Ergebnis hieß das für die arbeitenden Menschen nicht mehr nur verschärfte Ausbeutung, sondern auch physische Vernichtung. Im Vorfeld des August 1914 hatte sich die Kriegstreiberei als legitime Verteidigung gegen fremde Aggression bemäntelt.

Die Zweite Internationale schien mit ihren Baseler Beschlüssen von 1912 zunächst gut gerüstet, um dieser verheerenden Entwicklung zu begegnen. Dennoch versagte sie im entscheidenden Augenblick nahezu vollständig. Letztlich haben erst vier Jahre millionenfaches Sterben zur Erhebung der Massen geführt. Die Arbeiterklasse aller kriegführenden Länder hätte dieses bittere Lehrgeld nicht zahlen müssen, wäre die Reaktion auf die Kriegserklärungen 1914 nicht mas-

senhafter Jubel, sondern massenhafter Widerstand in Form von Streiks und Befehlsverweigerungen gewesen. Bebels alte Losung „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ war nach seinem Tod unter dem Integrationsdruck des Parlamentarismus zunehmend hohl geworden. Zahlreiche führende Funktionäre der SPD nahmen das im Vorfeld des Krieges ihnen gegenüber signalisierte wohlwollende Entgegenkommen als angenehmen Kontrast zur Repression aus der Zeit der Sozialistengesetze wahr. Und natürlich werden in solchen Situationen die alte Losungen nicht einfach widerrufen. Aber man ist geneigt, im entscheidenden Moment eine „Ausnahme“ zu begründen.

Daher ist die DKP heute gefragt, wenn sich die Aufweichung bestehender Antikriegspositionen ankündigt. Bislang galt die Partei Die Linke als zuverlässiger Partner auf Bundestageebene in der Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Allerdings steht diese Position in Frage. Schließlich hat der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow schon 2015 in einem Interview mit der Rheinischen Post seiner Partei empfohlen, ihr Verhältnis zur Bundeswehr zu klären – verbunden mit der Anmerkung, dass Pazifismus kein „Handlungskonzept für eine Nation wie Deutschland“ sei. Hier müssen wir Kommunistinnen und Kommunisten offensiv mit den Worten des alten Sozialdemokraten Bebel antworten.

### **Die Frage des Zentrismus**

Das Wesen des Zentrismus bestand in seiner Position zwischen revolutionärem Marxismus und dem offenen Abgleiten in Reformismus (Revisionismus). In Worten verteidigt er das revolutionäre Programm, verhindert aber auch die klärende Austragung der Konflikte zwischen den genannten Antipoden unter der Losung der „Einheit der Partei“, welche ansonsten Schaden nehmen könne. Der August 1914 hat Aufschluss darüber gegeben, dass die Vermeidung dieser Klärung zwar die organisatorische Ge-

schlossenheit der Partei noch eine Weile zu erhalten vermochte, aber ebenso der Zersetzung der programmatischen Substanz den Weg geebnet hat.

Nach dem offenkundigen Bankrott der alten SPD stellte sich 1917 die Frage nach dem Umgang mit dem Zentrismus in neuer Form. Er trat nun nicht mehr als Flügel einer bestehenden Partei auf, sondern nahm mit der USPD eine eigenständige organisatorische Gestalt an. Neben bekannten Exponenten wie Kautsky schloss sich sogar der „Urvater des Revisionismus“ Eduard Bernstein der neuen Partei an. Verbindendes Element war die Ablehnung der bislang praktizierten Kriegsunterstützung. Den Weg zu einem revolutionären Ausweg im Sinne Lenins wollten oder konnten die neuen Parteiführer nicht weisen. Allerdings – und dies war von großer Bedeutung – wurde die USPD zum Anziehungspunkt tausender kriegsmüder Proletarier.

Die politische Klarheit war unterentwickelt, aber es kündigte sich hier der Wille an, dem weiteren Massenmorden ein Ende zu bereiten. Daher schloss sich die Spartakusgruppe der USPD als „Plattform“ an. Man kann darüber streiten, ob die Spartakusleute zu lang in diesem organisatorischen Rahmen verblieben und nicht früher zur Bildung einer revolutionären Organisation hätten übergehen müssen. Aber auch eine andere Gefahr muss dabei mit bedacht werden, nämlich die der Isolierung von den Massen durch „vorausseilenden Radikalismus“. Betrachtet man die strömungsmäßige Zusammensetzung der Partei Die Linke, so springen gewisse Parallelen zur USPD ins Auge. Auch hier finden wir Marxisten, Reformisten und Zwischenschattierungen aller Art in einer Organisation. Und auch hier stehen Kommunistinnen und Kommunisten vor der schwierigen Aufgabe, Kritik am Opportunismus vor allem auf der oberen Funktionärschicht der PDL mit aktiver Bündnispolitik überall dort zu verbinden, wo die Gemeinsamkeiten ausreichen, um zusammen zu kämpfen und zu diskutieren.



## Die Parteifrage

Spontanität vermag Organisation nicht zu ersetzen – diese Erkenntnis kann aus dem Verlauf der Novemberrevolution gewonnen werden. 1918 wusste man noch nichts von „Neuen Sozialen Bewegungen“. Aber auch damals gab es eine breite Bewegung, die den Forderungen „Schluss mit dem Krieg!“ und „Weg mit dem Kaiser!“ Ausdruck verlieh. Allerdings hatte sich zu diesem Zeitpunkt noch keine revolutionäre Organisation herausgebildet, die mit den russischen Bolschewiki vergleichbar gewesen wäre. Die KPD konstituierte sich relativ spät – nur wenige Wochen vor der Ermordung ihrer beiden herausragenden Führer.

Bereits der Reichsrätekongress im Dezember 1918 hatte gezeigt, dass beim größten Teil der Arbeiter und Soldaten eine diffuse Stimmung für den „Sozialismus“ vorherrschend war, in deren Rahmen man aber die SPD-Führung zwar als durch Fehlentscheidungen belastet, aber immer noch als Partner betrachtete. Die Tatsache, dass sich Ebert mit der OHL über die Niederhaltung der sozialen Revolution verständigte, steht dieser Illusion diametral entgegen. Der Verrat wurde begleitet durch sozialistische Lippenbekenntnisse. In Kombination mit der traditionellen Bindung zahlloser Proletarier an „ihre alte Partei“, d. h. an die SPD bewirkten diese, dass die Sozialdemokratie trotz ihrer Verantwortung für das barbarische Vorgehen der Freikorps bei den Wahlen zur Nationalversammlung stärkste Partei wurde. Der Bewegung der November 1918 war erfolgreich die Spitze gebrochen worden.

Das Ergebnis der SPD bei den Wahlen zur Nationalversammlung belegte die hohe Bereitschaft zur Integration in den Betrieb des bürgerlichen Parlamentarismus, von dem man hoffte, dass er möglichst viele Elemente des revolutionären Aufbruchs in sich aufnehmen würde. Natürlich ist die Behauptung, dass die Entwicklung eine ganz andere geworden wäre, wenn es in Deutschland nur

eine stärkere und reifere Kommunistische Partei gegeben hätte, nicht zu belegen. Dagegen spricht schon die Frage, wie sich die Entente zu einer deutschen Räterepublik verhalten hätte und ob das ausgeblutete Russland die Kraft zur Hilfe für ein aus dieser Richtung angegriffenes rotes Deutschland gehabt hätte. Jenseits derartiger „Kaffeesatzleserei“ kann aber festgestellt werden, wo der revolutionäre Bruch gelang, nämlich in Russland 1917. Die Bolschewiki verfügten mit ihrer straffen Organisation und ihrer strategisch-ideologischen Klarheit über genau die Merkmale, ohne die einerseits ihr Erfolg nur schwer vorstellbar ist und die andererseits heute von Linken verworfen werden, die stattdessen Unverbindlichkeit als „Pluralität“ feiern.

## Die Staatsfrage

In den Thesen des ZK der SED zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution wurde diese definiert als „eine bürgerlich-demokratische Revolution, die in gewissem Umfange mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde.“ Wenn wir sehen, was für ein Staatswesen aus diesem Prozess hervorging, kann diese Revolution in zweifacher Weise als unvollendet betrachtet werden. Zum einen erfüllten sich nicht die Hoffnungen der proletarischen SPD-Basis, wonach man sich nun auf parlamentarischem Wege in den Sozialismus „hineinreformieren“ werde.

Und zum anderen war die neue Republik von vornherein mit „Sollbruchstellen“ ausgestattet, die den späteren Übergang zum Faschismus zumindest erheblich erleichtern sollten. Polizei, Militär, Justiz und Verwaltung blieben bestimmt von reaktionären Kräften, die dem parlamentarischen System im günstigsten Fall distanzieren, ansonsten feindselig gegenüber standen. Der Republik mangelte es schlicht an republikanischem Personal. Es gehört zu den „Geburtsfehlern von Weimar“, dass dieser zunächst sozialdemokratisch geführte Staat sich in seiner Frühphase auf rechte Terrorbanden

wie die Marinebrigade Ehrhard stützte, in deren Truppenlied es schon lange vor Hitlers Aufstieg hieß: „Hakenkreuz am Stahlhelm, schwarzweißrotes Band...“. Welche Lebensfähigkeit kann man wohl von einer parlamentarischen Demokratie mit solchen „Taufpaten“ erwarten? Auch der Umstand, dass aus diesen Kreisen heraus sich der Kapp-Putsch 1920 entwickelte, bewirkte staatlicherseits kein Umdenken. In der dortigen Wahrnehmung wurde der Feind weiterhin links verortet. Der weitere Verlauf bis 1933 sollte beweisen, dass bürgerliche Demokratie und Faschismus keineswegs wie durch eine Mauer getrennt sind.

## Literatur

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band II, S. 207 – 324, Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Dietz Verlag, Berlin, 1966 (zur Vorgeschichte)

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band III, S. 9 – 199, Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Dietz Verlag, Berlin, 1966

Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution, Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Dietz Verlag, Berlin, 1978

Klaus Gietinger, Eine Leiche im Landwehrkanal, Edition Nautilus, 2018 (Hintergründe zur Ermordung Rosa Luxemburgs)

Sebastian Haffner, Die deutsche Revolution 1918/ 19, Anaconda Verlag, Köln, 2008

Wolfgang Niess, Die Revolution von 1918/ 19. Der wahre Beginn unserer Demokratie, Europaverlag, 2017

Joachim Käppner, 1918 – Aufstand für die Freiheit: Die Revolution der Besonnenen, Piper, 2017

Mark Jones, Am Anfang war Gewalt: Die

deutsche Revolution 1918/ 19 und der Beginn der Weimarer Republik, Propyläen Verlag, 2017

Rezension zu den Arbeiten von Niess, Käppner und Jones: Leo Schwarz, Angst vorm Schlossgespenst, Junge Welt, 19.02.2018, S. 12/ 13

Ulla Plener (Hrsg), Die Novemberrevolution 1918/ 19 in Deutschland, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: Manuskripte, 85, Karl Dietz Verlag, Berlin, 2009 (verfügbar unter:

[https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Manuskripte\\_85.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte_85.pdf), 12.06.2018)

Klaus Gietinger, November 1918 – Der verpasste Frühling des 20. Jahrhunderts, Edition Nautilus, 2018

## Filme:

Karl Liebknecht – Solange Leben in mir ist/ Trotz Alledem (2 Filme), DDR, 1965/ 1971 (insgesamt 227 Minuten)

Das Lied der Matrosen, DDR, 1958, (119 Minuten)

## Arbeitsvorschläge

Folgende Fragen bieten sich zur Diskussion an:

- Warum kann die Friedensfrage nicht isoliert von der grundsätzlichen Verfasstheit einer Gesellschaft behandelt werden?
- Welche Anforderungen ergeben sich daraus für die heutige Friedensbewegung sowie für das Wirken der Kommunistinnen und Kommunisten in ihren Reihen?
- Wie muss eine Kommunistische Partei das Verhältnis von Abgrenzung und Kooperation gegenüber reformistischen / zentristischen Kräften bestimmen?

- Können „Bewegungen“ eine revolutionäre Partei ersetzen?
- Wo finden wir heute oder in der jüngeren Vergangenheit ein Zusammenwirken von staatlicher Seite mit extrem rechten Kräften, der letztlich Ziel auch die Liquidierung der bürgerlichen Demokratie ist?
- Wie ist auf die These zu antworten, Ebert, Scheidemann und Noske hätten Deutschland vor dem „Chaos“ und „Sowjetisierung“ bewahrt?
- Welche Gründe führten damals zum Scheitern der revolutionären Kräfte?
- Warum wurde die Novemberrevolution kaum in die offizielle Gedenkkultur der BRD integriert?
- Welcher Grundsatzentscheidungen in der Frühphase der Weimarer Republik haben ihren späteren Untergang begünstigt?

Diese Fragen könnten Thema eines Gruppenabends sein, sei es in Vortrags- oder Diskussionsform. Sinnvoll erscheint auch die Verbindung mit einer Filmvorführung (s. o). Möglicherweise können regionale Bezüge hergestellt werden, wenn es in der Nähe Orte gibt, die 1918/ 19 eine Rolle gespielt haben. Diese können zum Mittelpunkt einer Veranstaltung werden. Es ist zu prüfen, ob es vor Ort Organisationen und Personen gibt, die über das unmittelbare Parteiumfeld hinaus angesprochen werden können. Nach Möglichkeit sollte es auch kulturelle Beiträge geben. So bietet z. B. der Schauspieler und Sänger Erich Schaffner ein Programm zur Novemberrevolution an. Und selbstverständlich ist für eine breite Teilnahme an der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung im Januar 2019 in Berlin zu werben.

Erik Höhne